

FDP-Fraktion im Kreistag Unna

Rede des Fraktionsvorsitzenden Michael Klostermann am 03. 12.2019 zum Haushalt 2020

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Zuhörer

das Jahr 2019 geht zu Ende und es lohnt sich, noch einmal zurück zu blicken bevor wir uns mit den Haushaltsplanzahlen für das Jahr 2020 beschäftigen.

Das Jahr 2019 war geprägt vom Klima....

Klimadiskussion, Klimaaktivisten, Klimademonstration, Klimahype und Klimawandel und natürlich auch der Klimanotstand.....

Alles Begriffe, die uns in diesem Jahr so oft und so intensiv begleitet haben, wie noch nie. Letztlich auch aufgrund der Bewegung Fridays for Future, die mit ihren Demonstrationen ein neues Bewusstsein in der Gesellschaft geschaffen haben, sich mit dem Thema Klima- und Umweltschutz intensiver zu beschäftigen als wir es in der Vergangenheit getan haben.

Auf der einen Seite ist das sehr gut, denn es ist wichtig, dass noch mehr als bisher für die Umwelt getan wird, damit der weltweite Klimawandel aufgehalten werden kann und zukünftige Generationen faire Lebensbedingungen vorfinden.

Es gibt aber auch Seiten, die nicht gut sind und über die oft nur unzureichend gesprochen wird.

Es ist nicht gut, wenn in der Diskussion nicht mehr rational über Lösungsmöglichkeiten gesprochen wird, sondern das ganze Thema nur noch emotional betrachtet wird und das Denken und das Handeln von Hysterie geprägt sind.

Meine Damen und Herren,

Hysterie war nie ein guter Berater und wird es auch zukünftig nicht sein.

Es ist nicht gut, wenn Fakten einfach nicht mehr genannt werden, weil sie nicht in das Mainstream-Bild passen. Wenn zum Beispiel die E-Mobilität als Lösung unserer CO₂-Belastung angepriesen wird, ohne auf die extrem umweltschädlichen Auswirkungen bei der Herstellung von E-Batterien hinzuweisen, von einer möglichen späteren Entsorgung ganz zu schweigen.

Es ist nicht gut, wenn man berechnete Forderungen der Fridays-for Future-Bewegung, den CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren damit ruhig stellt, Braun- und Steinkohlekraftwerke abzustellen, ohne überhaupt die Versorgungssicherheit unseres Landes für unsere Bürger aber auch für unsere Wirtschaft sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass wir uns eine bildlich gesprochene „saubere Weste“ machen und in Wirklichkeit Strom aus dem Ausland einkaufen, der dort in herkömmlicher Weise, womöglich sogar verstärkt mit Atomstrom produziert wird.

Es ist nicht gut, wenn der Eindruck erweckt wird, dass eine Verhaltensänderung in unserer Gesellschaft, die selbstverständlich anzustreben und zu fördern ist, in irgendeiner Weise wesentliche Auswirkungen auf das Weltklima hat.

Es ist nicht gut, wenn verschwiegen wird, dass das Weltklima nur dadurch positiv beeinflusst werden kann, wenn es uns gelingt, neue Technologien zu entwickeln, die wir weltweit an den Märkten anbieten können.

Es ist nicht gut, wenn der Eindruck erweckt wird, dass wir Millionen Menschen in Asien und Afrika dazu bewegen können, zukünftig auf Wohlstand zu verzichten und wieder oder weiter in Armut zu leben. Das wird uns nicht gelingen. Jeder, dem es schlecht geht wird mit aller Macht versuchen, an der Situation für sich und seine Familie etwas zu ändern. Umweltschutz rückt da komplett in den Hintergrund. Das ist vielleicht nicht richtig aber vollkommen menschlich. Wem das nicht gefällt, dem gefallen die Tatsachen nicht.

Meine Damen und Herren,

„Grüne Ideen gedeihen nicht in Arbeitervierteln. Sie gedeihen in den Luxusvillen der Schickeria“. Das hat Franz-Josef Strauß schon vor Jahrzehnten erkannt und das trifft die Sache hier auf den Punkt.

Es ist nicht gut, wenn verschwiegen wird, dass die Grüne Ideologie mit ihren wesentlichen Instrumenten sozialistischer Prinzipien umgesetzt werden soll. Instrumente, die unter dem Deckmantel eines vermeidlichen Umweltaspektes in Wirklichkeit die Grundzüge unserer sozialen Marktwirtschaft mit wichtigen Errungenschaften wie Bürger- und Freiheitsrechten und die Bildung von Eigentum einschränken sollen.

Es ist nicht gut, wenn der Eindruck erweckt wird, dass unser System der sozialen Marktwirtschaft Schuld an der Klimaveränderung sei.

Nein, meine Damen und Herren,

die soziale Marktwirtschaft ist nicht die Ursache sondern die Lösung des Problems.

Nur in Gesellschaften mit sozialer Marktwirtschaft ist Platz für Innovation und Forschung im Bereich Umweltschutz. Nur mit wirtschaftlicher Freiheit können Produkte und Dienstleistungen global geschaffen und gehandelt werden, die die Belange des Umwelt- und Naturschutzes so stark berücksichtigen, wie wir es weltweit brauchen.

Und hier fehlt der FDP ein klares Bekenntnis seitens der CDU und der SPD zur sozialen Marktwirtschaft, sowohl im Bund als auch hier im Kreis Unna. Statt zu diesen Werten in der Gesellschaft zu stehen, versucht man in der Großen Koalition, noch grüner zu sein als die Grünen selbst und will auf einfache Art und Weise Wähler gewinnen.

Das gelingt jedoch beiden nicht....der linke Wähler wählt, sofern er auf die Klimahysterie reingefallen ist, statt der SPD lieber direkt die Grünen, und die CDU verliert, wenn sie einen neuen Wähler aus dem linken Lager gewonnen

hat, im Gegenzug fünf Wähler an die AfD, die konservative Werte versprechen aber nach völkisch-nationalen Werten handeln.

Die FDP wird sich zukünftig weiterhin zu den Werten unserer sozialen Marktwirtschaft bekennen und dem Einzelnen aber auch der Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich innerhalb eines vorgegebenen Rahmens frei zu bewegen und sich zu verwirklichen.

Dass dies grundsätzlich funktioniert zeigen sogar die Ergebnisse des Regionalen Entwicklungskonzepts in der Kennzahl der Umweltschutzquote. Die Umweltschutzquote gibt an, wie hoch der Anteil an Investitionen in den Umweltschutz, gemessen an den gesamten Investitionen ist. Der Kreis Unna mit einer Umweltschutzquote von 14,4% schneidet deutlich besser ab als die Metropole Ruhr mit rund 11 % und dem Land NRW mit 8,6 %. Und das ganze ohne Klimanotstand und den von den Grünen geforderten Klimamanager.

Das ist dann allerdings auch das einzige Positive, das wir dem Regionalen Entwicklungskonzept aktuell abgewinnen können und damit möchte ich auch wieder zurück kommen auf den Haushalt 2020 und die anstehenden Beratungsvorlagen.

Es kann aus liberaler Sicht nicht sein, dass der Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft den Auftrag vergibt, einen Planer mit der Entwicklung des Regionalen Entwicklungskonzepts zu beauftragen, ohne dass es überhaupt Diskussionen politischer Art im Kreistag hierzu gegeben hat.

Die Ziele und Prioritäten des Konzeptes sind durch den Kreistag vorzugeben und werden nicht durch den Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung bestimmt. Deshalb werden wir den Beschluss aus der anstehenden Vorlage auch nicht mit tragen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wenn Sie die Anträge zum Haushalt angeschaut haben, werden Sie feststellen, dass es außer unseren modifizierten gemeinsamen Antrag mit den Grünen zum Azubi-Ticket keine neuen Anträge zum Haushalt von der FDP-Fraktion gibt.

Wer eins und eins zusammenzählen kann, wird womöglich daraus schließen können, dass die Liberalen dem vorgelegten Haushaltsplan nicht zustimmen werden.

Wir lehnen den Haushalt ab, weil es sich hierbei um einen linksgerichteten Haushalt handelt, der die Verteilung der Mittel deutlich vor deren Erwirtschaftung stellt.

Der Kreistag hat – wie Willi Jasperneite im Antrag zum Regionalen Entwicklungskonzept zurecht hingewiesen hat– im Jahr 2015 einen Beschluss gefasst, den Kreis Unna zum wirtschaftsfreundlichsten Kreis zu entwickeln und damit nachhaltig Beschäftigung und Wertschöpfung zu fördern.

Davon lässt sich in dem Haushaltsentwurf und vor allem mit Blick auf die Anträge der SPD und der Grünen nichts mehr erkennen.

Der linke Haushalt sieht extreme Haushaltsausgaben vor. Die Schaffung einer Stelle eines Klimamanagers ist wie eben geschildert nicht notwendig. Wir haben im Kreis Unna ein Umweltamt, das sich seit Jahrzehnten erfolgreich um die Belange des Naturschutzes kümmert. Das ist ein rein populistischer und ideologischer Antrag ohne nachhaltigen Erfolg.

Meine Damen und Herren,

das Thema IGA 2027 entwickelt sich zum jetzigen Zeitpunkt zu einer Provinzposse.

Der Kreistag hat mit großer Mehrheit beschlossen, dass die IGA 2027 ohne Bereitstellung von Mitteln aus dem Kreishaushalt erfolgen muss. Jetzt legt der RVR jetzt eine Vereinbarung zu einer Sonderumlage von rund 600.000 Euro vor, die der Kreis Unna innerhalb von 10 Jahren bezahlen soll.

Dann gibt es ein Treffen der Landräte und Bürgermeister der betroffenen Kommunen mit dem RVR und man stellt fest, dass man scheinbar seit Jahren bei der Finanzierung der IGA aneinander vorbei geredet hat.

Scheinbar ist der RVR und allen voran die Regionaldirektorin mit den Planungen zur IGA hoffnungslos überfordert.

Die Verträge zur Sonderumlage werden vom RVR wieder einkassiert und jetzt werden die Kosten gemäß aktueller Mitteilung über eine Erhöhung der normalen RVR-Umlage bezahlt. Damit wird nicht nur der Kreistagsbeschluss, keine eigenen Mittel aufbringen zu wollen, gegenstandslos sondern es entsteht eine vollumfängliche Intransparenz über die Kosten.

Das Millionengrab IGA ist geschaufelt.

Liebe Kollegen,

bitte beenden Sie diese Geldverschwendung und nehmen Abstand von dem Projekt IGA 2027. Noch ist dafür Zeit.

Herr Landrat Makiolla,

die FDP-Fraktion kritisiert auch deutlich Ihre Position beim Umgang mit den Empfehlungen der Kohlekommission. Die bereitgestellten Mittel sollen frei verwendet werden können für Maßnahmen, die nachhaltig Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region stärken. Statt jetzt mit einem runden Tisch mögliche begünstigte Antragsteller aus Wirtschaft, Forschung und Lehranstalten zusammenzubringen, kritisieren Sie in öffentlicher Sitzung mehrfach die von der Landesregierung eingebrachte Erweiterung des Regionalbegriffs und reden damit den Untergang des Abendlandes – sprich des Kreises Unna herbei.

Dies ist nicht zielführend und mit Sicherheit auch nicht im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, die nachhaltig Arbeitsplätze im Kreis Unna schaffen oder annehmen möchten.

Herr Landrat Makiolla, meine Damen und Herren,

wenn dieser Haushalt also so verabschiedet werden soll, dann sind die Liberalen da raus. Bitte machen Sie das dann mit Ihrer linken Mehrheit in diesem Hause und geben der Geldverschwendung einen neuen Namen: SPD und Grüne....

Zum Abschluss möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen mich in Anlehnung an meine Vorredner bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung herzlich für Ihr Tun zu bedanken.

Das gleiche gilt für die Fraktionen und Gruppe für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen allen ein geruhsames Weihnachtsfest und für das Jahr 2020 nur das Beste.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.